

# Antislimischer Populismus

## Minarettstreit als rechte Symbolpolitik

Mit ihren rechtspopulistischen Kampagnen gegen den Moscheebau in Köln-Ehrenfeld ist es der Rechtsaußen-Gruppierung pro Köln gelungen, vorhandene Ängste und Ressentiments in der Bürgerschaft in rassistischer Stoßrichtung zu kanalisieren und in einen kommunalen Wahlerfolg umzumünzen. Die extremen Rechten haben erfolgreich ein Thema für Wahlkampfzwecke instrumentalisiert, das symbolträchtig für die Kulturalisierung sozialer und politischer Problemlagen steht – den Bau von Moscheen in Deutschland.

Laut einer vom *Kölner Stadt-Anzeiger* in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *Omniquest* lehnt die Mehrheit der Kölner Bürgerschaft den Moschee-Neubau in Ehrenfeld in der geplanten Größe ab. 35,6 Prozent sind uneingeschränkte Befürworter des Bauvorhabens, 31,4 Prozent lehnen den Neubau vollständig ab, 27 Prozent wenden sich gegen die Größe des Entwurfs.

Diese Umfrageergebnisse sind als ein Ergebnis der zugespitzten öffentlichen Debatte sowie der rechtspopulistischen Panikmache der extremen Rechten zu deuten. Zugleich kommen hierbei die sträfliche Vernachlässigung kommunaler integrationspolitischer Aufgaben sowie eine defizitäre Öffentlichkeitsarbeit auch der muslimischen Verbände – hier der DITIB, dem vom türkischen Staat gelenkten Dachverband hiesiger Moscheevereine türkischstämmiger Gläubiger – zum Ausdruck. In den emotional aufgewühlten und zumeist von fehlender Sachkenntnis geprägten Debatten um Minarette im Stadtbild wird plötzlich sichtbar, was in der Vergangenheit im alltäglichen multikulturellen Nebeneinander eher folkloristisch wahrgenommen wurde oder gar keine Beachtung fand: die Realitäten einer Einwanderungsgesellschaft. Von den

über drei Millionen als Muslime definierten Gläubigen, zu denen landläufig auch die zirka 700.000 Aleviten gezählt werden, hat der allergrößte Teil einen Migrationshintergrund. Schon lange, seit den ersten Anwerbungsschüben „ausländischer Arbeitskräfte“ in die BRD, haben sich die Zugewanderten muslimischen Glaubens in Gebetsräumen getroffen. Der heutige *Verband der islamischen Kulturzentren* (VIKZ) war der erste islamische Verband hierzulande, der unter streng hierarchischer Struktur islamisches Vereinsleben mit deutlichen Abschottungstendenzen betrieb. Die zirka 2.600 Moscheen in Deutschland sind zum allergrößten Teil unscheinbar in Hinterhöfen errichtet und nicht als Moscheen erkennbar. Aktuell sind gerade einmal um die 150 Moscheen durch Kuppeln und Minarette äußerlich sofort identifizierbar. Betreut werden diese Gebetsräume durch die hier ansässig gewordenen Moscheevereine, die zum Großteil den muslimischen Verbänden angehören, die den heutigen *Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland* bilden: die DITIB, der *Islamrat*, der *Zentralrat* und der VIKZ.

Nun gibt es durchaus berechtigte Gründe zur Kritik an der Öffentlichkeitsarbeit und der Verbandspolitik hiesiger muslimischer Vereinigungen. Denn alle diese Verbände haben sich in der Vergangenheit wie auch aktuell nicht gerade durch interkulturelle Öffnung und fortschrittliche integrations-

politische Maßnahmen ausgezeichnet. Auch ist die Infragestellung mancher der dort vermittelten Gesellschaftsbilder und Wertekanons aus feministischem, atheistischem und demokratischem Blickwinkel durchaus angebracht. Doch sie nun zum Sündenbock für verfehlte Integration verantwortlich zu machen, hieße Ursache und Wirkung zu vertauschen. Zuge-spitzt ausgedrückt, fungierten die muslimischen Verbände und Moscheevereine hierzulande als Ersatz für eine verfehlte bzw. nicht existente staatliche Integrationspolitik. Sie waren die soziale Anlaufstelle für Zugewanderte muslimischen Glaubens, die hier als „ausländische Arbeitskräfte“ ein weitgehend entrechtetes, sozial deklassiertes und gesellschaftlich ausgeschlossenes Dasein führten in einer Gesellschaft mit einem Blut-und-Boden-Staatsbürgerschaftsverständnis, die bis in die 90er Jahre leugnete, überhaupt eine Einwanderungsgesellschaft zu sein. Man kann mit gutem Grund über Religion geteilter Ansicht sein, allerdings gibt es schwerlich rationale Gründe dagegen einzuwenden, warum nicht Hinterhofgebetsräume zu sichtbaren Moscheen umgestaltet werden. Dies ist nicht nur aus Gründen der gesetzlich verbrieften Religionsfreiheit zu akzeptieren, sondern auch aus Akzeptanz und Anerkennung der Bedürfnislage gegenüber einem bisher in seinen Entfaltungsmöglichkeiten eindeutig benachteiligten Bevölkerungsteil. Das ist deutlich zu trennen von notwendigen Auseinandersetzungen mit einem religiös ummantelten politischen, fundamentalistischen Extremismus unterschiedlicher Spielart. Doch genau hier liegt das Problem: Islam = Fundamentalismus = Einwanderer = Untergang des Abendlandes, so die landläufig kolportierte und medial effekthascherisch aufgerüstete islamfeindliche Hysterie. Seit „Nine/Eleven“, dem Irakkrieg und dem Mord im Jahr 2004 an dem niederländischen Filmemacher **Theo van Gogh** sind Kampagnen gegen den Islam mehrheitsfähige Themen – eine Einladung zu politischen Instrumenta-

lisierungen. Es herrscht allgemein eine unsachgemäße Verknüpfung der Themenfelder Islam und politischem Extremismus vor, aus der – nicht nur – die extreme Rechte politisch Kapital schlägt und deshalb die Stimmungen rassistisch zu verschärfen versucht.

Laut einer repräsentativen Umfrage des *Allensbacher Instituts für Demoskopie* aus dem Jahr 2006 wähen sich 56 Prozent der Befragten in einem „Kampf der Kulturen zwischen Christentum und Islam“. Gar 58 Prozent glauben, dass es „hier zu Spannungen mit der muslimischen Bevölkerung kommt“. Hier kommt ein Wahlpotenzial zum Ausdruck, dessen sich die extreme Rechte in Europa zu bedienen weiß.

### KampftHEMA des Rechtspopulismus: Islam

In ganz Europa sind rechtspopulistische Kampagnen gegen Moscheebauten gestartet worden. Forderungen nach Minarettverboten gelten als gesellschaftlich deutlich mehrheitsfähig und bieten daher eine ideale Projektionsfolie zur Schürung von Resentiments und so genannten Überfremdungängsten.

Die rechtspopulistische *Schweizerische Volkspartei (SVP)* hat jüngst mit einem offen rassistischen Wahlkampf die meisten Stimmen bei den Wahlen zur Bundesversammlung in der Schweiz erhalten. Dabei ging es auch um das Thema Moscheebau: Im Mai letzten Jahres startete die SVP eine populistische „Eidgenössische Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten“, mit dem Ziel der Aufnahme eines Minarettverbots in die helvetische Verfassung. Auch die Vorsitzende der *Dänischen Volkspartei*, **Pia Kjaersgaard**, errang bei den letzten Parlamentswahlen mit Hetzparolen gegen den Islam als „Pest über Europa“ einen Stimmenanteil von 14 Prozent. Als antiislamischer Märtyrer des Rechtspopulismus gilt der im niederländischen Wahlkampf 2002 ermordete **Pim Fortuyn**, dessen Tod seiner Liste einen fulminanten Wahlerfolg ermöglichte und die Niederlande in einen Kultur-



kampf mit rassistischen Untertönen führte.

*Pro NRW* verweist in ihrer Propaganda gegen Islam und Moscheebau regelmäßig auf ihre internationalen Kontakte zu extrem rechten Parteien wie dem *Vlaams Belang* in Belgien oder der FPÖ aus Österreich, die ebenfalls Anti-Islam-Kampagnen betreiben. Der *Vlaams Belang* hingegen versucht sich aktuell in Allianz mit der FPÖ und *pro NRW* an einer „europäischen Städtepartnerschaft gegen Islamisierung“. In Deutschland ringen die unterschiedlichen Flügel der extremen Rechten um die propagandistische Vorherrschaft über das Thema Islam. *Pro NRW* will programmatisch als „die antiislamische Partei“ des rechten Lagers wirken. Die Partei bezeichnet sich selbst offen als „rechtspopulistisch“.

Inhaltlich überschneiden sich Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Der Unterschied ist oftmals propagandistischer Natur: Rechtspopulistische Strömungen ordnen sich selbst dem rechtskonservativen Spektrum zu und inszenieren sich aktionsorientiert als „Anwälte des Volkes“. Geradezu prototypisch für den Rechtspopulismus in Westeuropa stehen **Jörg Haider** und seine frühere FPÖ (heute BZÖ), deren Wahlerfolge primär darauf beruhten, dass sie über einen längeren Zeitraum hinweg neben sozialen Aufsteigern und Befürwortern eines Modernisierungskurses auch sozial Benachteiligte und zutiefst verunsicherte Mittelständler gewinnen konnten.

In der Diskussion um den Rechtspopulismus wird weitestgehend aus-



geklammert, dass dessen zentrale propagandistische Bausteine – Nationalismus, Rassismus, Sozialneid und Autoritarismus gepaart mit einer sich volkstümlich inszenierenden Protestbewegung gegen das „Establishment“ – zugleich Eingang gefunden haben in den Diskurs der so genannten politischen Mitte. Ein populistischer Politikstil ist in allen politischen Lagern zu finden und prägt auch wiederkehrend in Wahlkämpfen das politische Geschehen. Die populistische Verknüpfung der sozialen mit der nationalen Frage durch die Anrufung von „nationaler Identität“ und „deutscher Leitkultur“ erweist sich als Einfallstor für die extreme Rechte. Laut der Politikwissenschaftlerin **Karin Priester** beruht der zeitgenössische Populismus auf der „Gleichsetzung von ‚Volk‘ mit dem selbstständigen Mittelstand oder den ‚kleinen Leuten‘“. Mit dieser Verknüpfung weist der Populismus eine inhaltliche Verortung in der rechten Denktradition auf – egal, welche Partei sich dieser Verknüpfung bedient.

### Von Rechts zur Mitte

*Pro Köln* gelang es, mit ihrer Kampagne weit über 20.000 Unterschriften gegen den geplanten Moscheebau präsentieren zu können. Dies ist nicht allein durch das perfide Tarnen der *pro*-Bewegung als „Bürgerbewegung“ zu erklären. *Pro Köln* hat in diesem Prozess lediglich auf vorhandene Ressentiments im Alltag aufgebaut und einen zugleich in der etablierten Politik existenten Populismus nach Rechtsaußen gelenkt. In der Kampagne

gegen den Moscheebau in Köln-Ehrenfeld ergriff laut *Kölner Stadt-Anzeiger* der CDU-Ortsverband Ehrenfeld sogar offen Partei für die „Anwohnerinitiative“ gegen den Moscheebau und für *pro Köln*.

Das Beispiel Köln zeigt, was aus einer nicht eindeutigen Abgrenzung gegenüber rechtspopulistischer Rhetorik und Organisation in Debatten um Moscheebauvorhaben folgen kann. Zudem herrscht in den Kommunen meist die irriige Annahme vor, bei frühzeitiger Thematisierung derartiger rechtspopulistischer Machenschaften die Rechtsaußen-Truppen nur unnötig stark zu machen. Hier ist ein Umdenken angesagt, denn der Erfolg von *pro NRW* steht und fällt schließlich mit der Möglichkeit, sich lokal als angebliche Interessenvertretung anzubieten und an vermeintliche oder reale Problemfelder und Konfliktthemen anzudocken.

Allein der moralisierende Fingerzeig auf die Rechtspopulisten lässt jedoch den Entstehungskontext von rassistisch motivierter Islamfeindlichkeit außer Acht. Weit über die Rechtsaußen-Truppe hinaus existieren propagandistische „Brückenköpfe“ zwischen Rechtsaußen und der politischen Mitte in antiislamischem Tenor mit rassistischen Untertönen. Ein populistisches „Islam-bashing“ betreibt beispielsweise der Internet-Blog *Politically Incorrect* (PI). Auf der von einem Grundschullehrer im Jahr 2004 an den Start gebrachten Website mit bisher fast sechs Millionen Besuchern finden sich nicht nur rassistische Äußerungen

gegen Moslems. „Heute wird es Zeit, endlich einmal der Frau zu danken, die immer vorangegangen ist“, hieß es dort im Juni 2007 über die *pro-Köln*-Aktivistin **Marilyn Adernegg**. „Wenn die CDU sich nicht endlich besinnt und die Sorgen ihrer Wähler ernst nimmt, statt sich zum Untertan der Islamvertreter zu machen, muß halt eine neue, wirklich konservative Partei – wie zum Beispiel Ulfkottes 2008 geplante ‚Pax Europa‘ – Druck ausüben. Dabei sollte dann mit aller Klarheit vermittelt werden, dass nicht wir Deutschen es sind, die sich in die islamischen Geflogenheiten integrieren müssen“, so PI-Betreiber **Stefan Herre** in der „neurechten“ Wochenzeitung *Junge Freiheit* (Nr. 30/2007). Jener von ihm hofierte **Udo Ulfkotte** wiederum, ehemaliger Auslandskorrespondent der FAZ, tingelt als „Islamexperte“ durch die BRD und warnt in populistischer Manier vor dem Untergang des Abendlandes. Ulfkotte, der der rechtspopulistischen Wählervereinigung *Bürger in Wut* beigetreten ist, suchte auch bereits mehrfach Kontakt zum *Vlaams Belang*.

Und auch fundamentalistische Klerikale ziehen in ähnlichem Tenor gegen den Islam zu Felde. *Deus Vult* heißt eine dieser Kreuzritter-Truppen, gegründet anlässlich des achtzigsten Geburtstages von **Papst Benedikt XVI** und benannt nach einem Aufruf eines seiner Vorgänger an die ersten Kreuzritter im Jahr 1099. In München tritt diese obskure Truppe zusammen mit *pro München* gegen Moscheebau in Erscheinung.

Doch es sind nicht alleine solche schrägen Vögel und kruden Vereinigungen, die sich des „Kulturkampfes“ unter dem Banner des Kreuzrittertums verschrieben haben. Auch kirchliche Schriften wie die EKD-Handreichung „Klarheit und gute Nachbarschaft“ beinhalten bedenkliche Töne gegenüber Islam und Muslimen. Mit einer Verfestigung eines rechtspopulistischen „Kulturkampfes“ im politischen Alltagsgeschehen ist zu rechnen.